



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB II	111.23.010; 111.22.170; 022.32; 022.15	VA 50/2016	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr	4.	öffentlich	22.08.2016
Verwaltungsausschuss	21.	nichtöffentlich	24.08.2016
Rat der Stadt Norderney		öffentlich	30.08.2016

Neufassung der Straßensondernutzungsgebührensatzung

Sachverhalt

§ 21 NStrG ermächtigt die Kommunen zur Erhebung von Gebühren für Straßensondernutzungen auf Grundlage einer Satzung. Diese Sondernutzungsgebühr ist die Gegenleistung für die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der öffentlichen Straßen und den damit einhergehenden Verzicht der Allgemeinheit auf störungsfreien Gemeingebrauch.

Bei der Bemessung der Sondernutzungsgebühr sind Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straße und den Gemeingebrauch zu berücksichtigen. Zudem kann das wirtschaftliche Interesse des Gebührenschuldners berücksichtigt werden. Nach herrschender Meinung sollte aus Gründen der Verhältnismäßigkeit das Allgemeininteresse an der Sondernutzung in die Bewertung (degressiv) einfließen.

Der Einwirkung der Sondernutzung auf die Straße und den Gemeingebrauch wird durch den Maßstab „Quadratmeter beanspruchte Straßenfläche je Zeiteinheit“ Rechnung getragen. Dieses Kriterium orientiert sich zum einen an der Art der den Gemeingebrauch übersteigenden Straßenbenutzung, nämlich der unmittelbaren Inanspruchnahme einer Straßenfläche unter gleichzeitigem Ausschluss Dritter vom Gemeingebrauch. Zum anderen erfasst jenes Kriterium auch das räumliche und zeitliche Ausmaß der Nutzung.

Die aktuelle Sondernutzungsgebührensatzung stammt aus dem Jahre 1986. Der dazugehörige Gebührentarif wurde letztmalig zum 1.1.2004 angepasst.

Die Neufassung der Gebührensatzung hat insbesondere zum Ziel, weitere Tatbestände der gebührenpflichtigen Nutzungen aufzulisten, um eine größtmögliche Übersichtlichkeit herzustellen.

Die 2004 eingeführte Zoneneinteilung auf der Grundlage des Bodenrichtwertes und der Frequenzierung wird beibehalten.

Die Gebührenhöhe wurde unter Berücksichtigung der Veränderung des Verbraucherpreisindex einer Neubewertung unterzogen; dieser Index stieg von Jan. 2004 (90,1) bis Jun. 2016 (107,3) um

19,09 %. Eine entsprechende Erhöhung unter Berücksichtigung einer Aufrundung auf volle 50 Cent wurde in den neuen Kostentarif eingearbeitet (Tarifnrn. 1.1 bis 1.3, 1.5, 3.2, 3.3, 4.1, 5.2).

Hinzu kommt:

- Tarifnr. 1.1 – Hier wird nunmehr auch die Zoneneinteilung eingeführt. Die Gebühr für die Zone 3 wird gesenkt, diejenige für die Zone 2 erfährt die vorgenannte Erhöhung, die Gebühr für die Zone 1 wird noch darüber hinaus erhöht.
- Tarifnr. 1.2 – Die Gebühr wird aufgeteilt in Hauptsaison (1.5. – 30.9.) und Nebensaison (restliches bis Jahr = 50 % der HS-Gebühr). Zusätzlich wird die Jahresgebühr angehoben: Bislang wurde diese nach Zahlung von etwas mehr als drei Monatsgebühren erreicht, nunmehr nach vier HS-Monatsgebühren. Gleichzeitig wird die Mindestgebühr von bisher drei qm Jahresgebühr auf nunmehr zwei qm Jahresgebühr abgesenkt.
- Tarifnr. 1.4 – Auf eine generelle Anhebung in der Größenordnung der Steigerung des Preisindex wird verzichtet, weil das wirtschaftliche Interesse des Antragstellers an dem Aufstellen von Warenauslagen gegenüber dem Aufstellen von z. B. Tischen und Stühlen für gastronomische Zwecke als geringer einzuschätzen ist und somit eine unterschiedliche Gebührenhöhe rechtfertigt.
Die Gebühr wird aufgeteilt in Hauptsaison (1.5. – 30.9.) und Nebensaison (restliches Jahr = 50 % der HS-Gebühr). Zusätzlich wird die Jahresgebühr angehoben: Bislang wurde diese nach Zahlung von etwas mehr als drei Monatsgebühren erreicht, nunmehr nach vier HS-Monatsgebühren. Gleichzeitig wird die Mindestgebühr von bisher drei qm Jahresgebühr auf nunmehr zwei qm Jahresgebühr abgesenkt. Daraus folgt für etliche Genehmigungsinhaber eine tatsächliche Gebührensenkung, weil viele nur ein oder zwei qm benutzen.
- Tarifnr. 1.6 – StraßenkünstlerInnen, die auch Produkte verkaufen, wurden bisher nicht berücksichtigt.
- Tarifnr. 1.7 – Das Aufstellen von Fahrradständern wurde bisher nicht berücksichtigt.
- Tarifnr. 2.1 – Auch hier wird die Zoneneinteilung eingeführt. Die Gebühr für die Zone 3 bleibt jedoch unverändert, diejenige für die Zone 2 erfährt die vorgenannte Erhöhung, die Gebühr für die Zone 1 wird noch darüber hinaus erhöht. Gleichzeitig wird die monatliche Mindestgebühr teils deutlich gesenkt.
Sollte insbesondere der Bauzaun zusätzlich als Werbefläche genutzt werden, dann erhöht sich die Gebühr um 10 %.
- Tarifnr. 2.2 – Das Aufstellen von Containern wurde bisher unter der alten Tarifnr. 12 nur für 2 Firmen in Form einer Jahresgenehmigung berücksichtigt.
- Tarifnr. 3.1 – Das Aufgraben für das Verlegen privater Leitungen wurde bisher nicht berücksichtigt. Richtet sich nach Tarifnr. 2.1.
- Tarifnr. 4.1 – Siehe zu Tarifnr. 1.1.
- Tarifnr. 4.2 – Gemäß § 7 Nr. 5 der aktuellen Straßensondernutzungssatzung gelten Autoauffahrten über Bürgersteige als erlaubnisfreie Sondernutzungen und wurden deshalb gebühren-technisch nicht berücksichtigt.
Die Anlegung einer ersten Zufahrt gehört jedoch regelmäßig zum Anliegergebrauch. Erst weitere Zufahrten zu einem verkehrsmäßig hinreichend erschlossenen Grundstück bedürfen einer Sondernutzungserlaubnis.
- Tarifnr. 5.1 – Das Verteilen von Flyern u. ä. wurde bisher nicht berücksichtigt.

- Tarifnr. 5.2 – Nunmehr erfolgt die Aufteilung zwei Größen.
- Tarifnr. 5.3 – Siehe zu Tarifnr. 1.1.
- Tarifnr. 5.4 – Z. B. das Aufstellen von Fahnenstangen wurde bisher nicht berücksichtigt.
- Tarifnr. 5.5 – Die Gebühr wurde bisher analog Tarifnr. 1.3 berechnet. Solche Veranstaltungen sind grundsätzlich für einen kurzen Zeitraum ausgelegt. Dem entsprechend wird die Gebühr nunmehr wöchentlich berechnet.
- Tarifnr. 6.1 – Straßenfeste u. ä. wurden bisher nicht berücksichtigt.
- Tarifnr. 7.1 – Durch die Teileinziehung vieler Straßen kommen die Gebühren für Ausnahmegenehmigungen von der Längen-/Gewichtsbeschränkung hinzu.
Grundsätzlich ist eine Bemessung der Gebühr nach Art und Umfang der Inanspruchnahme (Wirklichkeitsmaßstab, § 5 Abs. 3 S. 1 NKAG) anzustreben, sodass zusätzlich zum Gewicht noch die zurückgelegte Wegstrecke Berücksichtigung finden sollte. Für Einfahrten wäre das grundsätzlich möglich, aber insbesondere für Jahresgenehmigungen ist dies aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Straßen der Längen-/Gewichtsbeschränkung unterfallen und dass Fahrzeuge auch auf dem Festland benutzt werden, nicht darstellbar. Deshalb wird bei der Gebührenbemessung lediglich auf das Gewicht abgestellt (Wahrscheinlichkeitsmaßstab, § 5 Abs. 3 S. 2 NKAG). Gleiches gilt für Ausnahmegenehmigungen von der Längenbeschränkung.
- Tarifnr. 9.1 – Der Rahmen für den „Auffang-Tarif“ wird deutlich vergrößert.
- Höhe der Sicherheitsleistung (10.1): geschätzte Kosten für m² Neupflasterung.

Näheres ergibt sich aus der anliegenden Gegenüberstellung von derzeit gültiger Satzung und Satzungsentwurf sowie dem anliegenden Gebührentarif nebst Beispielberechnungen.

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
☒ Ja, mit geschätzten Mehreinnahmen in Höhe von 31.000 €

Gesamtkosten der Maßnahmen
 (Beschaffungs-Herstellungskosten)
 Euro

☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
 Euro

Beschlussvorschlag

Der anliegenden Neufassung der Straßensondernutzungsgebührensatzung nebst des dazugehörigen Gebührentarifes wird zugestimmt.

Norderney, 15.08.16

Der Bürgermeister

(Ulrichs)